

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommu...)

Redakt.: Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Tel.: B 1 Berlin 5481,
Zel.-Adr.: Kollahne Berlin. Verl.: Verein. Zeitungsverlage GmbH,
Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Postfach: Berlin 922 27 970.

Erscheint täglich außer Montags

Anzeigenverwaltung:
Expedition: m. b. H., Be.
Kurfürst 1825/26, Schlu

Anzeigenpreis: Die 12zeil. Zeilenzeile
mit 1000 Zeichen 2,50 M. Arbeiterorgan u. Familien-
Blätter 2,00 M. Kleinanzeigen 1,50 M. 1000 Zeichen
1,00 M. 2000 Zeichen 1,50 M. 3000 Zeichen 2,00 M.

Bezugspreis vorauszahlb. pro Woche 60 Pf., monatlich 2,60 M., einjährig
27,60 M. in Berlin u. Orten m. eigen. Postbezug ansonst 28 Pf.,
Streisband im Ausland 4,20 M., u. d. Ausland 4,50 M.

Begründet von
Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Herr von Hitler?

Lest die
ROTE POST
Heute neu - 15 Pfennig

Verantwortl. Red.:
Karl Liebknecht

Verantwortl. Red.:
Karl Liebknecht

Ausnahmezustand noch vor den Wahlen zur Niederwerfung der Antifaschistischen Aktion?

KPD. soll verboten werden, um Notverordnungs-politik und SA.-Terror fortzusetzen — Gebt ihnen die Antwort: Massenaktionen gegen Hunger und Faschismus! Vorwärts zur Antifaschistischen Kampfwoche! Macht alles mobil für die Wahl der Liste 3!

Papen durch SPD.-„Opposition“ ermuntert

Weimarer Koalitionspresse bestätigt SPD.-Schmach schwarz auf weiß

„Die Opposition gegen das Regime der Reichsregierung von Papen wird im großen und ganzen mit einer Verantwortungsbewußtheit geführt, welche sogar schon die Schlagkraft der Opposition zu beeinträchtigen droht. Seit 13 Jahren hat keine Regierung von der Opposition her solche Aufgabe erleichtert bekommen.“

Dieses vernichtende Urteil über die sogenannte sozialdemokratische „Opposition“ gegen das Papen-Kabinett wird nicht von Kommunisten gefällt, sondern von der bürgerlichen „Völkischen Zeitung“, einem der Staatspartei und der Eisernen Front nahe-
stehenden Organ. Man muß diese Meinung allen sozialdemokratischen Arbeitern vorlegen. Man muß sie fragen, ob es mit ihren Absichten übereinstimmt, wenn ihre Führer, wie die SPD.-freundliche „Völkische Zeitung“ feststellt, der Papen-Regierung die „Aufgabe erleichtern“.

Jeder Tag sozialdemokratischer Politik bestätigt die Einschätzung der „Völkischen Zeitung“. Kein Gewerkschafts- oder SPD.-Führer trifft auch nur die geringsten Anstalten, um die Gewerkschaftsmitglieder, die Betriebs- und Stempelstellenbesitzer zu Kämpfen gegen die Papenschen Hungerverordnungen und politischen Terrormaßnahmen zu organisieren. Statt dessen schießt die von der SPD. kommandierte Polizei auf die Arbeiter. Halten wir die Tatsache fest, daß seit Aufhebung des SA.-Verbots durch die Reichsregierung allein in Berlin, Gießen, Eisenach und Stuttgart acht antifaschistische Arbeiter von Genersings Polizei erschossen, aber in ganz Preußen von der Polizei keiner der mordenden SA.-Banditen getötet wurde.

Alarmierende Diktaturpläne

Alle Anordnungen der Papen, Gahl, Schleicher werden von Genering in Preußen und von den übrigen Weimarer Koalitionshelden in den Ländern mit Klavischem Gehorjam durchgeföhrt. Ist es ein Wunder, daß die Reichsregierung sich stark genug fühlt, um Zustände vorzubereiten, in den Kreisen der Reichsregierung Pläne über die Einrichtung der offenen Militärdiktatur geföhrt und konkrete Maßnahmen dazu bereits vorbereitet werden. Stegerwalds Organ „Der Deutsche“ veröffentlicht darüber sensationelle Mitteilungen:

Dem Reichstag soll das Recht entzogen werden, die Regierung oder einzelne Minister zu stürzen. Nur noch der Reichspräsident soll Regierungen berufen oder abberufen. Auch des Rechts, die Absetzung des Reichspräsidenten durch Volksabstimmung herbeizuföhren, soll der Reichstag verlustig gehen. Damit würde das Parlament, dessen Beschlüsse ja schon die Weimarer Regierung mit Unterstützung der SPD. im wachsenden Maße mißachtete, vollends zu einem bedeutungslosen Diskussionsklub werden.

Bei ihren Diktaturplänen greift die regierende Reaktion auf die reaktionärsten Einrichtungen der Hohenzollern-Ära des 18. Jahrhunderts zurück. Das „Tabakskollektum“, mit dem als Minister-erfah der Vater Friedrichs des Großen herumwirtschäftete, soll in der Form eines geheimen Rates auferstehen, mit dem sich der Reichspräsident umgeben will. Neben diesem „geheimen Rat“ ist die Errichtung eines Oberhauses geplant, wo sich, wie im Vorkriegs-Preußen, die ganze reaktionäre Kamarkasse ein Stelldichein geben soll.

Weil man weiß, daß die kommunistische Partei gegen die diktatorlärsternen Generale, Junker und Industrieherrn den schärfsten Kampf führt und immer führen wird, darum soll der entlöhrende Schlag gegen die kommunistische Partei und ihr nahesteheude Organisationen geföhrt werden.

Der bürgerliche „Dortmunder Generalanzeiger“ gibt die Erklärung eines führenden Vertreters einer Spitzengruppe des Reiches wieder. Danach wird gegen die KPD. bis zur Wahl eine Reihe von polizeilichen Maßnahmen erfolgen, die das

nach der Wahl erfolgende Verbot vorzubereiten bestimmen sind:

„Die Regierung Schleicher-Papen ist offenbar entschlossen, einen Schlag gegen einen mächtigen Faktor der antifaschistischen Front, gegen die KPD., zu führen. Daran kann kein Zweifel mehr bestehen. Dieser Tatsache gegenüber ist das Waan und Wie von sekundärer Bedeutung.“

Ob die Aktion gegen die Kommunisten auch zu den von Hitler gestellten Bündnisbedingungen gehört, mag eine offene Frage bleiben. Keine Frage aber ist es, daß diese Aktion wohl in der allgemeinen Linie der Politik liegt, die bei dem Bündnis Schleicher-Hitler festgelegt worden ist.“

Die Informationen des kommunistischen Nachrichtenendienstes bestätigen vollkommen, was der Gewährsmann des „Dortmunder Generalanzeigers“ berichtet. Wir sind in der Lage, die Enthüllungen des „Deutschen“ und „Dortmunder Generalanzeigers“ zu vervollständigen:

Für den Fall, daß die Reichstagswahl am 31. Juli keine Mehrheit für die Papen-Regierung ergibt, will diese unverzüglich den neuen Reichstag auflösen und stattdessen eine „Nationalversammlung“ wählen lassen, die die Weimarer Verfassung nach den Wünschen Schleichers außer Kraft setzen und eine Verfassung mit Oberhaus, geheimen Rat und den übrigen Attributen der Militärdiktatur bestätigen soll. Die Wahl zu dieser Nationalversammlung soll unter völligem Ausschluß der kommunistischen Partei erfolgen, deren Verbot die Regierung bis dahin zu bewerkstelligen hofft.

Wir wissen, daß besonders in der Bendler-Strasse von der Reichswehrgeneralität mit besonderer Energie auf die schnellste Verhängung des Verbotes der Kommu-

nistichen Partei gedrängt wird. Dort besteht auch die Absicht, noch vor der Wahl den Ausnahmezustand zu verhängen. Keine Frage, daß dieser Ausnahmezustand von der Art sein soll, daß die Aktionen der SA. nicht gestört, aber die kommunistische Wahlpropaganda völlig unterdrückt werden soll.

Die Regierungspläne müssen Millionen und Millionen Antifaschisten in höchsten Alarmzustand, in größte Kampfbereitschaft versetzen. Zum Kampf für die Verteidigung der kommunistischen Partei! Zum Kampf gegen die politischen und wirtschaftlichen Diktaturmaßnahmen der Papenregierung und ihrer notverordneten Stützeveringpreußen! Seid sturmbereit zur Niederwerfung des mörderischen SA.-Terrors!

Die am Sonntag beginnende antifaschistische Aktionswoche und die Reichstagswahl am 31. Juli sollen zeigen, daß der Kommunismus im mächtigen Vordringen ist und allen Anschlägen der Papenregierung siegreich trotzt.

Vorwärts zum Kampf der roten Einheitsfront, damit das faschistische Hakenkreuzregiment verschwindet!

Streik in Berliner Häfen

Nachdem die Berliner Hafen- und Speicherearbeiter am Mittwoch mit rund 80prozentiger Mehrheit den Streik beschlossen haben, wird ab heute um 7 Uhr morgens die Arbeit ruhen.

Der Streik richtet sich gegen den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses, der einen Abzug der Stundenlohn bis 14 1/2 Pfennig diktiert. Den ständig Beschäftigten soll der Stundenlohn ab 1. Juli bis 30. September um 6 1/2 Pfennig, ab 1. Oktober um weitere 4 Pfennig, insgesamt also um 10 1/2 Pfennig gekürzt werden. Bei den Aushilfsarbeitern soll der Lohnabbau bis 30. September 7 1/2 Pfennig, ab 1. Oktober weitere 7 Pfennig, insgesamt also 14 1/2 Pfennig betragen.

Wie wir erfahren, hat gestern die Direktion der Hafentriebe auch den Angestellten einen Gehaltsabbau von 12 Prozent bekanntgegeben. Die Angestellten müssen die günstige Situation ausnützen, um sofort gemeinsam mit den Hafenarbeitern den Streik aufzunehmen. In gemeinsamer Streikfront mit den Arbeitern müssen die Angestellten auch ihren Gehaltsabbau abwehren.

Weitere Berichte siehe im Innern des Blattes!

Zum Gegenangriff heraus!

Sonntag Antifaschistenkongreß — Immer neue Delegationsmeldungen von SPD.- und Betriebsarbeitern — Rhein und Ruhr schicken Delegierte

Je näher der Termin des Antifaschistischen Einheitskongresses am 10. Juli rückt, desto mehr Betriebe und Arbeiter werden von dieser Bewegung erfasst. Täglich laufen neue Anmeldungen von Delegierten ein. Aus den Versammlungsberichten, die eingeschickt werden, ergibt sich, daß immer neue Kreise von Arbeitern und Werkstätten für die antifaschistische Kampffront gewonnen werden.

Die Belegschaft des Betriebes Hartung in Lichtenberg wähle in einer Betriebsversammlung einen sozialdemokratischen DMB.-Kollegen und einen unorganisierten Kollegen als Delegierte zum Kongreß. In der gleichen Versammlung wurde beschlossen, ein Einheitskomitee aus je zwei Kollegen des DMB. und des GMB. zu bilden. Die Belegschaft will sofort Verbindung mit dem Betrieb Siemens-Plania und anderen Betrieben von Lichtenberg aufnehmen, um den Naziterror gegen die Betriebe gemeinsam abzuwehren.

Die Belegschaftsversammlung der Firma Gottwald Müller, Karlsruh, die reiflos von allen Betriebskollegen besucht war, wählte zwei Delegierte zum Antifaschistischen Kongreß.

Außerdem beschloß die Belegschaft mit den Stimmen der DMB.-Kollegen, sich in die Antifaschistische Aktion einzureihen und am 31. Juli für die Liste 3 der KPD. zu stimmen.

Auf einem Delegiertenkongreß in Gransee in der Mark waren 105 Delegierte, in 33 Orten gewählt, versammelt, fünf Delegierte zum Antifaschistischen Kongreß wurden gewählt: drei Sozialdemokraten, ein Kommunist und ein Parteilofer.

Zu dem Kongreß werden auch Delegierte aus dem Reich kommen. Bisher haben bereits Einheitsausschüsse an Rhein und Ruhr zu dem Kongreß Stellung genommen. Das Einheitskomitee in Duisburg-Laar, das aus zwei sozialdemokratischen, zwei christlichen, zwei kommunistischen und sechs parteilosen Arbeitern besteht, beschloß, eine Delegation zum Kongreß zu entsenden. Der Einheitsausschuß in München-Gladbach schickte den christlichen Arbeiterfunktionär Theo Heßberg als Delegierten.

Alle diese Meldungen zeigen, daß immer mehr Arbeiter die Bedeutung des Kongresses, auf dem Genosse Thälmann des grundsätzliche Refektat zur toten Einheitsfront halten wird, erkennen.